

Die Ernährungspolitik Batodis. Ein Systemwechsel?

N. Berlin, 5. Jan. (Priv.-Tel.) Das Neujahrsschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Batocki stand gestern im Mittelpunkt der Erörterungen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, und der Oberbürgermeister Bermuth nannte mit Recht die Eröffnungen, die Herr v. Batocki darin gemacht hat, „überraschend, um nicht zu sagen atemberaubend“. Das Heil der Zukunft liegt nach dieser autoritativen Mitteilung in den Lieferungsverträgen der Gemeinden, und das bedeutet eine grundsätzliche Aenderung in der Ernährungspolitik, wie sie bisher eingeschlagen worden ist. Es bedeutet aber gleichzeitig auch bis zu einem gewissen Grade eine Kapitulation vor dem preussischen Landwirtschaftsminister, dessen Widerstand es hauptsächlich zuzuschreiben ist, daß zwischen Stadt und Land die Gegenläufe von Monat zu Monat größer geworden sind und größer werden müßten.

Von den Begründern der Sozialdemokratischen und bürgerlichen Anträge, die die Unterlage zu der gestrigen Debatte im Berliner Stadtparlament bildeten, ist das mehr oder minder deutlich ausgesprochen worden, und man kann es keinem verdenken, der in der Kommunalverwaltung an verantwortlicher Stelle steht, daß bei ihm der Unmut über die Behandlung der großen Städte und Industriezentren in anwachsendem Maße durchbricht.

Deutschland ist Gott sei dank ein Land, das von zahlreichen Schienensträngen durchzogen ist und in dem ein reger Austausch zwischen den verschiedensten Gebieten stattfindet. Es muß in den dichtbevölkerten Bezirken eine Erschütterung Platz greifen, wenn man bei Reisen durch das weite Deutsche Reich konstatieren kann, daß an vielen Orten die Ernährungsmittel wenigstens nicht im Ueberfluß so doch noch reichlich vorhanden sind, während in den großen Verbrauchsgebieten die Schwierigkeiten immer größer werden und weite Schichten sich die größten Entbehrungen auferlegen müssen. Lange Zeit hat sich die Industrie und großstädtische Bevölkerung damit trösten lassen, daß man Geduld haben möge; die Organisationen müßten erst ordentlich in Gang kommen, dann würde alles besser werden. Nun bestehen die Organisationen über Jahr und Tag und es nicht besser, sondern schlechter geworden.

Die zentralen Organisationen des Reiches und des Staates sind nun gleich bei der Hand gewesen, die städtische Unterverteilung verantwortlich zu machen für die Mißstände, die Platz gegriffen haben, und wir haben das zuletzt erst erlebt bei der ungeschickten und unverständlichen Anordnung des Kriegsernährungsamtes über die Freigabe von Gemüsekonserven.

Nun wird gewiß niemand behaupten, am allerwenigsten die Stadtverwaltungen selbst, daß immer alles geklappt hat, aber was nützt die beste Unterverteilung, wenn die Lieferung aus den Ueberflußbezirken ausbleibt. Als lehrreichstes Beispiel führte dafür der Oberbürgermeister Bermuth die Milch an. Die Reichsfeststelle hat von Woche zu Woche vertröstet, sie müsse erst ihre Fühler über das ganze Land ausstrecken, dann würde die Milchzufuhr glatt vom Platzen gehen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die seit Monaten ungenügende Milchzufuhr hat immer weiter nachgelassen und die Zustände sind jetzt derart, daß, wie Herr Bermuth unter der Zustimmung der ganzen Stadtverordneten-Versammlung sagte, „wir uns ganz unmöglich mit diesem Zustand beruhigen können.“ „Wir müssen erwarten und verlangen“, so fuhr er fort, „daß planmäßig die nötigen Milchmengen in den Dörfern angesammelt und planmäßig von den Dörfern nach den Städten hingeführt werden. Die Vorräte dafür sind in der Tat vorhanden, nur muß dafür gesorgt werden, daß die Aufzucht der Mastkälber mit Milch auf das äußerste beschränkt wird.“

Damit trifft der Berliner Oberbürgermeister, der kein Mann der leeren Phrase ist, durchaus das Richtige, und er hätte noch hinzufügen können: man muß endlich verlangen, daß der Ueberhandnahme der Zentrifuge auf dem platten Lande Einhalt getan wird.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ sucht zwar heute Abend Herrn Bermuth von oben herab zu belehren, daß der Milchmangel auf den großen Rückgang der Produktion zurückzuführen sei, und auch den Vertretern der Städte könne es eigentlich nicht unbekannt sein, daß die Milchherzeugung gegen den Winter hin regelmäßig stark abnehme. Das ist gewiß niemand unbekannt, aber mit Recht und mit gutem Grund wird bestritten, daß der Rückgang in der Milchproduktion so stark ist, wie es immer von den behördlichen Stellen behauptet wird. Jeder weiß, daß selbstverständlich bei dem Mangel an Kraftfuttermitteln der Ertrag nicht mehr auf der Höhe stehen kann, aber jeder, der mit offenen Augen durchs Land gegangen ist, weiß auch, wie ungeheure Mengen in den Futtertrögen verschwinden, und wie ungeheure Mengen verbuttert werden, ohne daß diese Butter von der Reichsfeststelle erfasst würde.

Das ist ein trauriges Kapitel in unserer Ernährungsfrage, hervorgerufen durch die falsche Preispolitik, die vom preussischen Landwirtschaftsminister in der letzten Tagung des Landtages mit einer bewundernswerten Kühnheit vertreten worden ist und gegen die das Kriegsernährungsamt leider nicht genügend Energie aufzubringen versteht. Nach vielen Fehlgriffen und vielen Mißerfolgen, die sich das Kriegsernährungsamt zuzuschreiben hat, kommt ihm plötzlich die Einsicht, daß es ja viel besser wäre, wenn man die einst so heftig geschmähten Städte mit Aufgaben belaste, die man selbst zu erfüllen nicht stark genug war, weil man sich scheute, mit dem nötigen Nachdruck gegen die leider auch im Kriegsernährungsamt so einflussreichen agrarischen Interessen aufzutreten.

Die Städte sollen mit den Produzenten Lieferungsverträge abschließen. So früh wie das Kriegsernährungsamt waren die Städte auch aufgestanden, im Gegenteil viel früher. Die Stadt Berlin und andere große Gemeinden hatten in weiser Voraussicht vor Jahr und Tag mit den Produzenten Lieferungsverträge vereinbart. Man braucht nur zu erinnern an den gut funktionierenden Schweinemastvertrag der Stadt Berlin mit den Pommerischen Landwirten. Mit rauher Hand haben die amtlichen Organisationen diese mühsam geknüpften Fäden wieder zerrissen, und der Oberbürgermeister Bermuth trägt noch hinzu, wie tiefe Entmutigung der kommunalen Tätigkeit dadurch verursacht worden ist, daß die staatlichen Monopole dazwischen fahren, kaum daß die Städte wieder irgendeinen Lieferungsvertrag nach vielen Schereereien zustande gebracht haben.

Von grundsätzlicher Bedeutung bleibt aber die Warnung des Berliner Stadtoberhauptes: „Das allerschlimmste ist das Schwanken und der Systemwechsel. Nur wenn die Maßnahmen klar und bestimmt sind, kann die Ausführung durch die Gemeinden von Erfolg sein, und der Magistrat hat immer die Auffassung vertreten, daß der einmal begonnene Plan folgerichtig und eifern durchzuführen werden müsse.“ Wenn wir nicht irren, hat Herr von Batocki bald nach seinem Amtsantritt einen ähnlichen Standpunkt vertreten, indem er äußerte, daß jetzt nicht mehr darüber zu streiten sei, ob das System richtig oder falsch wäre; nachdem einmal der Weg eingeschlagen worden sei, müsse er auch folgerichtig bis zu Ende beschritten werden, denn nichts sei gefährlicher, als mitten im Kriege das System zu wechseln und dadurch die ganze Maschinerie in Unordnung zu bringen.

Wir möchten zunächst immer noch glauben, daß Herr von Batocki bei diesem seinem Grundsatze bleibt. Denn wir haben leider schon zu viel traurige Erfahrungen mit dem Hin- und Herschwanke machen müssen. Wenn nur der nötige Nachdruck bei den Verwaltungsbehörden dahinter gesetzt wird, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Und wir müssen es wiederholen, was wir früher schon geschrieben haben: Die Verordnungen sind zum Teil gut, aber es fehlt an der richtigen Durchführung, es fehlt an der freudigen und freiwilligen Mitarbeit bei den unteren Verwaltungsorganen. Der bekannte Brief des Generalfeldmarschalls

von Hindenburg spricht in dieser Hinsicht für sich. Es ist tief traurig, daß er notwendig wurde und die Anklage, die darin lag, wird auch durch die gewiß begriffswürdige Hindenburgspende nicht aus der Welt gehafft.

Es scheint fast, als hätte das Kriegsernährungsamt nicht die nötigen Machtmittel oder zu viel innere Hemmungen, um sich den preussischen Verwaltungsbehörden gegenüber durchzusetzen. Vielleicht ist es überhaupt ein Systemfehler, Anordnung und Durchführung in einer Behörde zusammenzufassen. Und deshalb möchten wir die Anregung geben, eine unparteiische Kommission zu schaffen, deren einzige Aufgabe es ist die Durchführung zu überwachen. Wird diese Behörde, deren Machtbereich sich auf das ganze Reich erstrecken müßte, mit den nötigen Machtmitteln ausgestattet, dann muß es ihr gelingen, und sei es mit den härtesten und abschreckendsten Strafen, die guten Absichten der Reichsregierung in die Tat umzusetzen und zu verhindern, daß wohlgemeinte und gutdurchdachte Verordnungen mit Hohn beiseite geschoben werden, als seien sie nur für die Dummen gemacht und als sei es ein Verdienst, sich zum Nutzen des eigenen Geldbeutelns über sie hinwegzusetzen.